

TOP 3.1

**Genehmigung des Dienstvertrages von Bereichsleiter Mag
Joachim Preiß
→Tischvorlage**

TOP 3.2

**Verlängerung der Subvention an das
WU-Forschungsinstitut für Verteilungsfragen „INEQ“**

TOP 3.3

**Zusammensetzung des Ausschusses für Bauten und
Investitionen nach § 54 Abs 5 AKG**

TOP 3.4

**Zuweisung der Anträge der 170. Vollversammlung
am 26.4.2018**

TOP 3.5

Änderungen in den Ausschüssen

TOP 3.6

Änderungen in den Fachausschüssen

TOP 3.7

Subventionen 2018

TOP 3.2 Verlängerung der Subvention an das WU-Forschungsinstitut für Verteilungsfragen „INEQ“

Seit seiner Gründung Mitte 2015 ist das WU-Institut Economics of Inequality (INEQ) zu einem fixen Bestandteil der fortschrittlichen Forschungslandschaft in Österreich geworden. Die Forschungseinrichtung wurde durch Finanzmittel von ÖGB, AK Wien und AK Niederösterreich ermöglicht und hat vor allem im Bereich der Einkommens- und Vermögensverteilung in den vergangenen drei Jahren stark an öffentlicher Wahrnehmung gewonnen.

Was leistet das INEQ?

Das INEQ wurde mit dem Ziel gegründet, in Verteilungsfragen wissenschaftliche Expertise zu erarbeiten und aktiv im öffentlichen Diskurs Stellung zu beziehen. Das Institut ist in der wissenschaftlichen Gemeinschaft durch seine Forschung bereits gut verankert und hat einen beachtlichen Bekanntheitsgrad. Während AK und ÖGB die interessenspolitischen Argumente im Bereich der Einkommens- und Vermögensverteilung stark verbreiteten, bot das INEQ von wissenschaftlicher Seite wichtige Unterstützung. Zudem ist das Institut vor allem durch zusätzliche Einwerbung von Projektmitteln sowie durch eine inhaltliche Anbindung von etablierten ForscherInnen um mehrere Personen gewachsen. Die Themen reichen nun von Verteilungsanalysen, über Geschlechterfragen und soziale Mobilität bis hin zum Umgang mit der kalten Progression und Steuerpolitik.

In den vergangenen Jahren stieg bei den Medien die Nachfrage nach einer Übersetzung der Expertise in vereinfachte Argumente. Dies schlägt sich in zahlreichen Medienauftritten nieder, die in jährlichen Tätigkeitsberichten eindrücklich festgehalten sind (z.B. Jahresbericht 2016/17 unter https://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/d/ri/ineq/Publications/Jahresbericht_2016_2017.pdf). Die Bandbreite reicht dabei von Radiohintergrundgesprächen (z.B. Ö1-Radiokolleg) bis zu ORF-Formaten (z.B. Hohes Haus). Beispielsweise gab es starke wissenschaftliche Rückendeckung für die AK-Forderungen nach einer Wiedereinführung von Erbschaftssteuern und nach einer Lohnsteuerreform, die auch in mehreren Interviews Ausdruck fand. Zudem organisierte das INEQ einige sehr öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen mit renommierten WissenschaftlerInnen, z.B. mit Joseph Stiglitz, Marcel Fratzscher oder Branko Milanovic – teilweise in Kooperation mit der AK. Auch für die kommenden Jahre ist abzusehen, dass die Medienanfragen an das INEQ zunehmen werden, nachdem sich der Bekanntheitsgrad weiter steigert und Verteilungsfragen immer wichtiger werden.

Warum soll das INEQ finanziert werden?

Verteilungsfragen werden vor allem seit der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 sehr stark öffentlich debattiert. Dieser Trend hat sich auch in der internationalen Forschung mit zahlreichen Bestseller-Publikationen niedergeschlagen. In Österreich gibt es außer dem INEQ keine Einrichtung, die sich so spezialisiert mit der Verteilung von Einkommen und Vermögen auseinandersetzt und zudem eine fortschrittliche, arbeitnehmerInnenorientierte Position einnimmt. Gerade vor dem Hintergrund der Gründung mehrerer industriefreundlicher Denkfabriken, ist ein Gegengewicht wichtig. Durch einen regelmäßigen und intensiven Austausch mit der AK Wien konnten in der Vergangenheit gemeinsame Interessen und Positionen diskutiert und weiterentwickelt werden, ohne die wissenschaftliche Unabhängigkeit des Instituts in Frage zu stellen.

Durch die zunehmenden Medienkontakte sowie regelmäßige Anfragen aus dem politiknahen Bereich ist der zeitliche Spielraum für eigene Forschung am INEQ allerdings eingeschränkt. Die Akzeptanz in der wissenschaftlichen Gemeinschaft aber auch in der öffentlichen Wahrnehmung hängt allerdings sehr stark an der eigenen Forschungstätigkeit. Im Vergleich zu den sehr gut finanzierten Denkfabriken auf der

Industrieseite stößt das Institut immer wieder auf das (zeitliche) Spannungsverhältnis zwischen exzellenter Forschung und öffentlichkeitswirksamer Kommunikation. Die Agenda Austria beschäftigt beispielsweise eigene Personen für Kommunikation und Soziale Medien, um ihre Aussagen zu verbreiten. Eine solche Unterstützung wäre für das INEQ (und in weiterer Folge auch für die interessenspolitischen Organisationen der ArbeitnehmerInnen) äußerst wertvoll und gewinnbringend. Die Forschungsergebnisse würden so professionell an Medien und die breite Öffentlichkeit kommuniziert, was die Reichweite der Botschaften noch deutlich erhöhen sollte. In der kommenden Finanzierungsperiode soll durch eine Aufstockung der Mittel eine zusätzliche Person angestellt werden, welche die ForscherInnen bei ihren administrativen und medialen Aufgaben entlastet. Ein Teil des Mehraufwands soll auch durch den Einstieg der AK Steiermark als zusätzlicher Subventionsgeber abgedeckt werden. Für den restlichen Mehraufwand wird um eine Erhöhung der Mittel von AK Niederösterreich (+10.000 Euro) und AK Wien (+20.000 Euro) angesucht.

Für detaillierte Informationen über die Leistungen des INEQ, liegen der Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 2016/17 sowie die strategischen Überlegungen für die kommende Finanzierungsperiode diesem Antrag bei. Ein – wie in der Vergangenheit mehrfach stattgefundenes – Treffen mit den Subventionsgebern wird für Frühherbst 2018 anvisiert, um Ideen, Interessen und gemeinsame Strategien für die kommenden Jahre zu koordinieren.

Wer finanziert das INEQ?

Nachdem die Basisfinanzierung in der ersten Periode von AK Wien, AK Niederösterreich, ÖGB und dem Netzwerk Wissenschaften getragen wurde, wird in der zweiten Periode die AK Steiermark zusätzlich einsteigen. Die geplante Finanzierung von 175.000 Euro pro Jahr ist mit den Förderinstitutionen im Vorfeld wie folgt besprochen worden:

- ÖGB: 60.000 Euro
- AK Wien: 50.000 Euro
- AK Niederösterreich: 30.000 Euro
- AK Steiermark: 20.000 Euro
- Netzwerk Wissenschaften: 15.000 Euro

Es wird daher ersucht folgendem Antrag zuzustimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Vorstand der Arbeiterkammer Wien verlängert den bestehenden Vertrag mit der Wirtschaftsuniversität Wien zur Finanzierung des Forschungsinstituts INEQ. Die Finanzierungsperiode wird um 4 Jahre (bis 2022) verlängert, wobei eine jährliche Subvention von 50.000 Euro gewährt wird.

| | | | |
|---|-------------------------------------|--------------------------------------|------------------------------------|
| Angenommen <input type="checkbox"/> | Einstimmig <input type="checkbox"/> | Mehrstimmig <input type="checkbox"/> | Ablehnung <input type="checkbox"/> |
| AK Vorstand am: | 16.05.2018 | | BEDO <input type="checkbox"/> |
| Zur weiteren Bearbeitung an: Kubitschek, Marterbauer, Schnetzer (WW), Schamilov, Kohl, Spiegl, Tiefenböck, Steiner (FR) | | | |

TOP 3.3 Zusammensetzung der Vorstandsausschüsse nach § 54 Abs 5 AKG

☐ Ausschuss für Bauten und Investitionen

1. Laut Beschluss des Vorstandes der AK Wien in seiner konstituierenden Sitzung am 8. Mai 2014 setzt sich der Ausschuss Bauten und Investitionen wie folgt zusammen:

Der/die Vorsitzende und weitere 5 Mitglieder werden von der FSG nominiert. Der stellvertretende Vorsitzende wird vom ÖAAB nominiert, je ein Mitglied von FA und AUGÉ/UG.
Der Direktor nimmt an den Sitzungen des Ausschusses mit beratender Stimme teil.

2. VP **Dr Dwora Stein** ist mit 26. April 2018 als Kammerrätin ausgeschieden. Die Fraktion FSG nominiert an ihrer Stelle VP **Barbara Teiber** in den Ausschuss Bauten und Investitionen. Außerdem nominiert die Fraktion FSG VP **Willibald Steinkellner als Vorsitzenden** im Ausschuss Bauten und Investitionen.
3. Präsident **Rudi Kaske** ist mit 26. April 2018 als Kammerrat ausgeschieden. Die Fraktion FSG nominiert an seiner Stelle Präsidentin **Renate Anderl** in den Ausschuss Bauten und Investitionen.

| Funktion | Mitglied | Fraktion |
|---------------------------------|----------------------------------|-----------------|
| Vorsitzende(r) | VP Willibald Steinkellner | FSG |
| | Präs Renate Anderl | FSG |
| | VP Renate Blauensteiner | FSG |
| | VP Erich Kniezanrek | FSG |
| | VP Barbara Teiber | FSG |
| | Richard Suchl | FSG |
| Vors.-Stellvertreter(in) | Thomas Rasch | ÖAAB/FCG |
| | Ing Bernhard Rösch | FA |
| | Klaudia Paiha | AUGÉ/UG |

| | | | |
|---|-------------------------------------|--------------------------------------|------------------------------------|
| Angenommen <input type="checkbox"/> | Einstimmig <input type="checkbox"/> | Mehrstimmig <input type="checkbox"/> | Ablehnung <input type="checkbox"/> |
| Wr Vorstand: | 16.05.2018 | | BEDO <input type="checkbox"/> |
| Zur Information an: Gabi Horak (Punkt b), Dina Affenzeller-Greif, Susanne Fürst (LI) Gaier (DP) | | | |

TOP 3.4 Zuweisung der Anträge der 170 Vollversammlung am 26.4.2018

| Fraktion | Nr. | Thema | Abstimmungs- ergebnis | Ausschusszuweisung |
|----------|-------|---|--------------------------|---|
| FSG | DR 01 | Allen Jugendlichen eine gute Berufsausbildung ermöglichen. Investitionen in die Jugend statt kurzfristiges Sparen zu Lasten aller. | Annahme mehrheitlich | Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration |
| FSG | R 01 | Im Aufschwung für die Zukunft der Arbeit investieren | Annahme mehrheitlich | Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration |
| FSG | R 02 | Österreichische EU-Präsidentschaft – Einsatz für ein soziales Europa | Annahme mehrheitlich | EU und Internationales |
| FSG | 1 | Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung – mehr Demokratie bei der Arbeit | Annahme mehrheitlich | Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik |
| FSG | 2 | Perspektiven und Partizipation für Lehrlinge und Jugendliche | Annahme mehrheitlich | Jugendschutz und Lehrlingswesen |
| FSG | 5 | Keine Kürzung der Mittel, sondern mehr Leistungen für die Versicherten. Die Kontrolle über die Beiträge muss bei der Sozialversicherung bleiben | Annahme mehrheitlich | Sozialversicherung und Gesundheitspolitik |
| FSG | 6 | Arbeitszeit ist Lebenszeit! Der 12 Stunden Tag ist nicht die Lösung, sondern das Problem! | Annahme mehrheitlich | Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik |
| FSG | 7 | Facharbeit für die heimische Wirtschaft durch Aus- und Weiterbildung und gute Lohn- und Arbeitsbedingungen sichern – bloße Regionalisierung der Fachkräftemangelverordnung greift zu kurz | Annahme mehrheitlich | Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration |
| FSG | 8 | Integration ernst nehmen - Menschen, die in Österreich Schutz suchen, haben Anspruch auf Respekt, gute Versorgung und Hilfe bei ihrer Integration in die österreichische Gesellschaft und den heimischen Arbeitsmarkt | Annahme mehrheitlich | Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration |
| FSG | 9 | Hartz IV ist kein Modell für Österreich! Soziale, armutsvermeidende Absicherung bei Arbeitslosigkeit auch im Konjunkturaufschwung notwendig | Annahme mehrheitlich | Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration |
| FSG | 10 | Rechtssicherheit bei der Abschaffung des Pflegeregresses herstellen! | Annahme mehrheitlich | Sozialversicherung und Gesundheitspolitik |
| FSG | 11 | „Gold Plating“ ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen und Umwelt verdienen den besten Schutz in Österreich | Annahme mehrheitlich | EU und Internationales |
| FSG | 12 | Brexit - Nicht auf Kosten der ArbeitnehmerInnen! | Annahme mehrheitlich | EU und Internationales |
| FSG | 13 | Digitalisierungsfittes Steuersystem | Annahme mehrheitlich | Finanzpolitik |
| FSG | 14 | Direktvergabe des Bahnangebots im „VOR“ muss noch 2018 sichergestellt werden | Annahme mehrheitlich | Verkehr und Tourismus |
| FSG | 15 | Schutz der MitarbeiterInnen und KonsumentInnen bei Insolvenz und/oder Verkauf einer Airline | Annahme mehrheitlich | Verkehr und Tourismus |
| FSG | 16 | Reparatur der Bestimmung zum Erlass der Studiengebühren für erwerbstätige Studierende an Universitäten | Annahme mehrheitlich | Bildung und Kultur |
| FSG | 17 | Erhöhung der SchülerInnenbeihilfen und Ausweitung des Bezieher/innenkreises | Annahme mehrheitlich | Bildung und Kultur |
| FSG | 18 | Entlastung von berufstätigen Eltern im Schulalltag: Schule und Beruf besser vereinbar machen! | Annahme mehrheitlich | Bildung und Kultur |
| FSG | 19 | Moderne Sprachförderung für das Erlernen der Unterrichtssprache Deutsch unter Berücksichtigung der Mehrsprachigkeit | Annahme mehrheitlich | Bildung und Kultur |
| FSG | 20 | Erhöhung der Wohnbauleistung durch Maßnahmen zur Baulandmobilisierung | Annahme mehrheitlich | Kommunal- und Regionalpolitik |
| FSG | 21 | Bund muss auf Herausforderungen in der wachsenden Ostregion reagieren | Annahme mehrheitlich | Kommunal- und Regionalpolitik |
| FSG | 22 | Das wachsende Wien noch lebenswerter gestalten | Annahme mehrheitlich | Kommunal- und Regionalpolitik |
| FSG | 23 | Mehr Datenschutz bei Onlinespielen | Annahme einstimmig | Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik |
| FSG | 24 | Unzulässigkeit von Abtretungsverboten gegenüber den verbandsklagsberechtigten Verbänden | Annahme einstimmig | Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik |
| ÖAAB/FCG | 2 | Streichung der schlechtesten 10 Versicherungsjahre bei der Pensionsberechnung | Zuweisung einstimmig | Sozialversicherung und Gesundheitspolitik |
| ÖAAB/FCG | 3 | „Abfertigung neu“ – Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge auf 2,5% | Annahme einstimmig | Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik |
| ÖAAB/FCG | 4 | Indexanpassung des Veranlagungsfreibetrags | Annahme einstimmig | Finanzpolitik |
| ÖAAB/FCG | 10 | Ergänzung ArbVG § 118 - Bildungsfreistellung Ersatzbetriebsrät/innen | Annahme mehrheitlich | Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik |
| ÖAAB/FCG | 11 | Reform ArbVG: Anspruch auf Freistellung für Betriebsrät/innen erleichtern | Annahme einstimmig | Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik |
| ÖAAB/FCG | 12 | Änderung § 46 Abs 1 Betriebsratswahlordnung - Anpassung der Fristen bei Briefwahl für Einbringung der Wahlvorschläge bei ZBR-Wahl | Zuweisung einstimmig | Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik |
| ÖAAB/FCG | 13 | Leiharbeit – Obergrenze von 10% und Beschäftigungsdauer von max. 1 Jahr | Zuweisung einstimmig | Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik |
| ÖAAB/FCG | 14 | Leiharbeit – Rückkehr nach Mutterschutz / Kinderkarenz | Zuweisung einstimmig | Frauen- und Familienpolitik |
| ÖAAB/FCG | 15 | Änderung AVRAG § 13a - Wiedereingliederungsteilzeit | Annahme mehrheitlich | Sozialversicherung und Gesundheitspolitik |
| ÖAAB/FCG | 17 | Leichter Zugang zu Pflegegeld | Zuweisung einstimmig | Sozialversicherung und Gesundheitspolitik |
| ÖAAB/FCG | 19 | Reform des Schulzeitgesetzes für Berufsschulen | Annahme mehrheitlich | Bildung und Kultur |

Beschlüsse

| | | | | |
|---------|------|---|---------------------------|---|
| FA | 1 | Fahrscheinkauf in den Bussen der Wiener Linien ermöglichen | Zuweisung mehrheitlich | Verkehr und Tourismus |
| FA | 2 | Einziehungsaufträge (SEPA-Lastschrift) erleichtert widerrufen | Annahme mehrheitlich | Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik |
| FA | 3 | Ausreichend niedergelassene Ärzte | Zuweisung einstimmig | Sozialversicherung und Gesundheitspolitik |
| FA | 5 | Wiener Rettung | Zuweisung einstimmig | Kommunal- und Regionalpolitik |
| FA | 7 | Freifahrt Rettung | Zuweisung mehrheitlich | Kommunal- und Regionalpolitik |
| FA | 9 | Anpassung Sozialvorschriften an EU Verordnung | Zuweisung einstimmig | Verkehr und Tourismus |
| FA | 10 | Verbrauch von Zeitguthaben | Zuweisung mehrheitlich | Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik |
| AUGE/UG | R 01 | Kein Staatsziel „wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort“ in der Verfassung | Annahme mehrheitlich | Umwelt und Energie |
| AUGE/UG | R 03 | Keine Kürzungen im arbeitsmarktnahen, privaten Bildungsbereich! Kein Sparen bei Bildung, Qualifikation und Integration - Kein Sparen bei den Beschäftigten! | Annahme mehrheitlich | Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration |
| AUGE/UG | R 04 | Für eine starke Interessensvertretung von Studierenden und den Abbau von Barrieren im Studium | Annahme mehrheitlich | Bildung und Kultur |
| AUGE/UG | R 05 | Solidarität mit den ORF-MitarbeiterInnen! Schluss mit der ‚Angstmache‘ - Für einen starken und unabhängigen Öffentlichen Rundfunk! | Annahme mehrheitlich | Vorstand |
| AUGE/UG | 1 | AMS verbessern, statt umfärben und schwächen | Zuweisung mehrheitlich | Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration |
| AUGE/UG | 2 | Für Verbesserungen bei teilzeitbeschäftigten MitarbeiterInnen | Annahme mehrheitlich | Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik |
| AUGE/UG | 3 | Keine Kürzung der Mittel für überbetriebliche Lehrwerkstätten | Annahme mehrheitlich | Jugendschutz und Lehrlingswesen |
| AUGE/UG | 4 | Arbeitsmarktintegration - Casemanagement für Menschen in Problemlagen | Zuweisung mehrheitlich | Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration |
| AUGE/UG | 5 | Für den Erhalt und die Verbesserung der Notstandshilfe – Keine Aussteuerung von Menschen – Kein Hartz IV in Österreich | Zuweisung mehrheitlich | Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration |
| AUGE/UG | 6 | Für einen Kurswechsel in der Familienpolitik! | Annahme mehrheitlich | Frauen- und Familienpolitik |
| AUGE/UG | 7 | Rücknahme Halbierung der Flugabgabe - mehr Engagement für eine europaweite/internationale Besteuerung von Kerosin | Zuweisung mehrheitlich | Finanzpolitik |
| AUGE/UG | 8 | Klima- und Energiestrategie (IKES) muss grundlegend überarbeitet werden! | Zuweisung mehrheitlich | Umwelt und Energie |
| AUGE/UG | 9 | Für eine zeitgemäße Anerkennung von Berufskrankheiten | Annahme mehrheitlich | Sozialversicherung und Gesundheitspolitik |
| GA | 1 | Kryptowährungen | Zuweisung einstimmig | Finanzpolitik |
| GA | 7 | Mikroplastik eindämmen | Annahme mehrheitlich | Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik |
| GA | 9 | Airbnb besser regeln | Zuweisung einstimmig | Kommunal- und Regionalpolitik |
| GA | 10 | Dieselskandal Autos | Annahme mehrheitlich | Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik |
| GA | 13 | Rauchverbot Jugendliche bis 18 | Zuweisung mehrheitlich | Jugendschutz und Lehrlingswesen |
| GA | 14 | Volksbegehren Don't smoke | Annahme mehrheitlich | Sicherheit, Gesundheit und Arbeit |
| LP | 1 | Kopftuchverbot für Schülerinnen an den Volksschulen | Zuweisung mehrheitlich | Bildung und Kultur |
| LP | 2 | „Arbeitslosengeld Neu“ | Annahme mehrheitlich | Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration |
| LP | 3 | Berufstätige Studierende besser unterstützen an den Fachhochschulen | Zuweisung einstimmig | Bildung und Kultur |
| LP | 4 | Budgetkürzungen für das AMS | Zuweisung mehrheitlich | Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration |
| LP | 5 | EU - Mercosur | Zuweisung einstimmig | EU und Internationales |
| LP | 6 | Westbahn | Zuweisung einstimmig | Verkehr und Tourismus |
| LP | 7 | Ausbau der Kinder Ferienbetreuung | Annahme mehrheitlich | Bildung und Kultur |
| ARGE | 1 | Wiedereingliederungsteilzeit | Annahme mehrheitlich | Sozialversicherung und Gesundheitspolitik |
| ARGE | 2 | Abfertigung auch für Beamte | Zuweisung mehrheitlich | Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes |
| ARGE | 3 | Altersteilzeit | Annahme mehrheitlich | Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik |
| ARGE | 4 | Erweiterung der Berufsliste für körperliche Schwerarbeit | Zuweisung einstimmig | Sozialversicherung und Gesundheitspolitik |
| GLB | 1 | Sozialstaat erhalten ! | Annahme mehrheitlich | Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik |
| GLB | 2 | Familienbonus | Annahme mehrheitlich | Frauen- und Familienpolitik |
| GLB | 3 | AK verteidigen | Annahme mehrheitlich | Vorstand |

Beschlüsse

| | | | | |
|--------------|---|---|---------------------------|---|
| KOMINTERN | 1 | Nein zur Zerstörung des sozialen Auffangnetzes für Arbeitslose - Nein zu Hartz IV in Österreich | Annahme mehrheitlich | Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration |
| KOMINTERN | 2 | Gegen Arbeitszwang, Dumpingsektoren und Deportationsbestimmungen | Zuweisung mehrheitlich | Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration |
| KOMINTERN | 4 | Volksabstimmung über CETA | Zuweisung mehrheitlich | EU und Internationales |
| KOMINTERN | 5 | Sicherheit und Grundrechtsschutz für Alle statt Überwachungspaket | Zuweisung mehrheitlich | Rechtsschutz und Rechtsberatung |
| KOMINTERN | 6 | Keine Kürzungen im AMS-Bereich – sondern qualitätsvoller Ausbau! | Zuweisung mehrheitlich | Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration |
| KOMINTERN | 8 | Nein zu den Verschärfungen in der Wiener Mindestsicherung! | Zuweisung mehrheitlich | Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik |
| BDFA | 1 | Ergänzung der neuen Bleiberechtsregelung | Zuweisung mehrheitlich | Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration |
| Gem. Anträge | 1 | Keine Zerschlagung der AUVA. Demokratisch geregelt und finanziell eigenständig - das unsere Selbstverwaltung. | Annahme mehrheitlich | Sozialversicherung und Gesundheitspolitik |
| Gem. Anträge | 2 | Qualität in der Lehrlingsausbildung | Annahme einstimmig | Jugendschutz und Lehrlingswesen |
| | | Anmerkung: BDFA war bei der VV nicht anwesend und hat nicht mitabgestimmt. | | |

| | | | |
|---|-------------------------------------|--------------------------------------|------------------------------------|
| Angenommen <input type="checkbox"/> | Einstimmig <input type="checkbox"/> | Mehrstimmig <input type="checkbox"/> | Ablehnung <input type="checkbox"/> |
| Wr Vorstand am: | 16.05.2018 | | BEDO <input type="checkbox"/> |
| Zur weiteren Bearbeitung an: Affenzeller-Greif, Fürst (LI) | | | |

Vorstand, 16.05.2018

TOP 3.5 Änderungen in den Ausschüssen

Ausschuss 1

Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik

neues Ersatzmitglied Wirth Alexander FSG anstelle: Dober Karl

Ausschuss 3

Sicherheit, Gesundheit und Arbeit

neues Ersatzmitglied Wirth Alexander FSG anstelle: Dober Karl

Ausschuss 8

Frauen- und Familienpolitik

neues Mitglied Bauer Maria Luisa FSG anstelle: Müller Tamara

Ausschuss 9

Jugendschutz und Lehrlingswesen

neues Ersatzmitglied Bauer Maria Luisa FSG anstelle: Müller Tamara

Ausschuss 10

Kommunal- und Regionalpolitik

neues Mitglied + AVors Brantner Franz Georg FSG anstelle: Teiber Barbara

Ausschuss 11

Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik

neues Mitglied + AVorsStv Wirth Alexander FSG anstelle: Dober Karl

Ausschuss 16

Wirtschaftspolitik

neues Mitglied + AVorsStv Greif Wolfgang FSG anstelle: Teiber Barbara

| | | | |
|---|-------------------------------------|--------------------------------------|------------------------------------|
| Angenommen <input type="checkbox"/> | Einstimmig <input type="checkbox"/> | Mehrstimmig <input type="checkbox"/> | Ablehnung <input type="checkbox"/> |
| Wr Vorstand am: | 16.05.2018 | | BEDO <input type="checkbox"/> |
| Zur weiteren Bearbeitung an: Affenzeller-Greif, Fürst (LI) | | | |

TOP 3.6 Änderungen in den Fachausschüssen

FA Privatkrankenanstalten (Gew. VIDA)

Mitglied ausgeschieden
Winkler Astrid

FA Getränke (Gew. PRO-GE)

Ersatzmitglied neu
Zborowski Marion

FA Zuckerbäcker (Gew. PRO-GE)

Ersatzmitglied neu
Schimek Alexander

FA ElektrotechnikerInnen-MtalldesignerInnen-GießerInnen (Gew. PRO-GE)

Ersatzmitglied neu
Sladek Robert
Mrazek Helga

Ersatzmitglied ausgeschieden
Vujic Aleksander
Hobodites Richard

| | | | |
|--|-------------------------------------|--------------------------------------|------------------------------------|
| Angenommen <input type="checkbox"/> | Einstimmig <input type="checkbox"/> | Mehrstimmig <input type="checkbox"/> | Ablehnung <input type="checkbox"/> |
| Wr Vorstand am: | 16.05.2018 | | BEDO <input type="checkbox"/> |
| Zur weiteren Bearbeitung an: Norbert Bacher-Lagler, Karin Taraba (FA), Gerhard Bröthaler, Alice Fürst (LI) | | | |

TOP 3.7 Subventionen 2018

| Nr | Antragsteller | gefördert 2017 | Antrag für 2018 | Beschluss- vorschlag | | | | |
|--|-------------------------------------|--------------------------------------|------------------------------------|-------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|--------------------------------------|------------------------------------|
| 1 | Pendlerforum Burgenland | € 5.800,00 | € 7.000,00 | € 5.800,00 | | | | |
| <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 25%; text-align: center;">Angenommen <input type="checkbox"/></td> <td style="width: 25%; text-align: center;">Einstimmig <input type="checkbox"/></td> <td style="width: 25%; text-align: center;">Mehrstimmig <input type="checkbox"/></td> <td style="width: 25%; text-align: center;">Ablehnung <input type="checkbox"/></td> </tr> </table> | | | | | Angenommen <input type="checkbox"/> | Einstimmig <input type="checkbox"/> | Mehrstimmig <input type="checkbox"/> | Ablehnung <input type="checkbox"/> |
| Angenommen <input type="checkbox"/> | Einstimmig <input type="checkbox"/> | Mehrstimmig <input type="checkbox"/> | Ablehnung <input type="checkbox"/> | | | | | |

| | | | |
|--|-------------------|--|-------------------------------|
| Wr Vorstand am: | 12.04.2018 | | BEDO <input type="checkbox"/> |
| Zur weiteren Bearbeitung an: Schamilov, Kohl, Tiefenböck, Spiegl, Steiner (FR), Gaier (DP) | | | |